Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 172. Morgenblatt. Donnerstag, den 11. April. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. April. Man begegnet jetzt öfter in den Blättern der Frage: „wenn die preußische Regierung auf die Diätenbewilligung und die Beschlüsse des Reichstages über das Bundeskriegswesen nicht eingehen wolle, welche praktische Bedeutung dann den Erklärungen des Grafen Bismarck am 11. v. M. noch beigelegt werden können." Diese Frage kann schwerlich auf ernstlichem Zweifel beruhen, denn die Antwort ergiebt sich leicht genug, wenn man die schon beschlossenen Abänderungen des Entwurfs über die Wählbarkeit der Beamten, über die Veröffentlichung der Parlamentsberichte, sowie selbst die Erklärungen des Kriegsministers v. Roon bei den Verhandlungen über Abschnitt XI. mit den Aeußerungen des Ministerpräsidenten am 11. v. M. vergleicht und die möglichen nach den bisherigen Erfahrungen gar nicht unwahrscheinlichen Folgen der Forckenbeckschen Amendements sich vergegenwärtigt. Der Regierungs-Kommissar v. Roon hat selbst diesen sehr wesentlichen Abänderungen, und zu Abschnitt XII. den Miquel'schen Amendements gegenüber keine unbedingte Ablehnung in Aussicht gestellt, sondern nur auf die unerläßliche Ergänzung durch Annahme der Amendements Fürst Solms, Moltke und Bethusy-Huc hingewiesen. Obgleich also Graf Bismarck von Anfang an wesentliche Abänderungen der Hauptgrundlagen des Entwurfs als unausführbar bezeichnet hat, obgleich Niemand läugnen wird, daß die Forckenbeckschen Anträge in Verbindung mit der Diätenbewilligung nicht allein den ganzen Charakter der Regierungs-Vorlage umwandeln, sondern selbst das geltende Verfassungsrecht des preußischen Staats vollständig verändern, so hat doch die Regierung in den Moltke'schen und analogen Anträgen einen Vermittelungsweg in Aussicht gestellt. Ohne diese ausgleichenden Garantien konnte aber nicht von einem Nachgeben der Regierungen innerhalb der vom Grafen Bismarck als zulässig bezeichneten Grenzen, sondern vielmehr nur von einem radikalen Umsturz, sowohl der Hauptgrundlagen des Verfassungs-Entwurfs, als auch der ganzen Politik des preußischen Staates, die Rede sein. Forderungen des schulgerechtesten Schablonen-Parlamentarismus, Kontingentirung des Präsenzstandes, der Einnahmen, volles Budgetrecht für die Ausgaben, allgemeine, direkte Wahlen ohne Beschränkung der Wählbarkeit, absolute Straffreiheit der parlamentarischen Berichte u. s. w. — Forderungen, die selbst die preußische Fortschrittspartei in ihrer Blüthezeit nie zu stellen wagte, — sollte also jetzt die Regierung dem Reichtag in den Schooß werfen, zu einer Zeit und unter Verhältnissen, die jeder Opposition noch eine ansehnliche Verstärkung aus den partikularistischen Elementen der 21 Bundesstaaten verheißen, und damit sollte dann ein Bundes-Präsidium die deutsche Einheit herstellen, die Regierungen der süddeutschen Staaten anlocken? Eine Regierung, deren glänzende Erfolge von der ganzen Welt bewundert werden, die diese Erfolge ihrem Siege über die Kurzsichtigkeit einer oppositionellen Volksvertretung eingestandener Maaßen mit verdankt, sollte nun, auf der Höhe ihrer zum Segen Deutschlands und Preußens gebrachten Macht stehend, plötzlich den Entschluß fassen, der in ihren Händen liegenden Gewalt sich zu Gunsten eines praktisch nirgends bewährten idealen Systems vollständig zu entäußern? Bei der aufrichtigsten Begeisterung für die Erziehung des Volkes zur politischen Selbstständigkeit und Freiheit würde dieser Uebergang doch als eine schwärmerische Uebereilung betrachtet werden müssen und nicht als „weiser" Entschluß bewährter Staatsmänner!

Berlin, 9. April. Die Absicht des Königs der Niederlande, die Verhandlungen über die Abtretung des Großherzogthums Luxemburg an Frankreich abzubrechen, ist wie verlautet, am Widerspruche Frankreichs gescheitert. Die Geneigtheit Preußens, die Angelegenheit einer die Entscheidung nur verzögernden Konferenz der Unterzeichner der Verträge von 1839 zu unterbreiten, wird bezweifelt, da nach den Erklärungen des Grafen Bismarck die definitive Haltung Preußens wesentlich von den Ansichten seiner Bundesgenossen und der Volksvertretungen abhängig ist. Der beschleunigte Zusammentritt des preußischen Landtages wird mit dieser Frage in Verbindung gebracht.

— Die preußische Regierung hat nunmehr in einer Note an die auswärtigen Höfe ihre Auffassung der Luxemburger Angelegenheit dargelegt, und bei aller friedlichen und milden Auslassung doch mit Entschiedenheit den Entschluß zu erkennen gegeben, ihr gutes Recht bezüglich der Besetzung der Festung Luxemburg sich auf keinen Fall nehmen oder beeinträchtigen zu lassen.

— Die russische Tagespresse, die offizielle wie nichtoffizielle, nimmt in der Luxemburger Frage entschieden Partei für Preußen. Die meisten russischen Blätter haben sogar ihre frühere Abneigung gegen die preußischen Annexionen in dem Grade überwunden, daß sie den Augenblick herbeiwünschen, wo ganz Deutschland unter Preußens Führung vereinigt ist und die Macht gewonnen hat, der Ländergier des Napoleonischen Frankreichs einen starken Damm entgegenzusetzen und die unerträgliche Suprematie desselben zu brechen. Nach der Stimmung der russischen Tagespresse zu urtheilen, würde ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen wegen Luxemburg der russischen Regierung insofern nicht unerwünscht sein, als sie freie Hand zu entschiedenem Vorgehen in der orientalischen Frage bekäme.

— Die Wiener Burschenschaft „Silesia" hat an R. Bennigsen anläßlich seiner bekannten Interpellation im norddeutschen Parlament folgende Adresse gerichtet: Euer Wohlgeboren! Gestatten Sie, geehrter Herr, daß wir Ihnen danken für das stolze Wort, das Sie im Namen des deutschen Volkes gesprochen. Gestatten Sie, daß ein kleiner Bruchtheil der Wiener Studentenschaft der Dolmetsch der Gesammtheit sei, die keine Stimme hat. Die Burschenschaft Deutsch-Oesterreichs hält es für ihre Pflicht, mit der Vaterlandsbegeisterung, die ein heiliges Erbe der deutschen Jugend geblieben, Ihnen zuzujubeln; mögen uns alle Korporationen folgen und ein gewaltiger Chorus mag Ihr Wort bestätigen, daß in einer Frage, wo deutsches Land und deutsche Ehre auf dem Spiele steht, alle Parteien, alle Stände einig seien. Und wenn kein Weg mehr bleiben sollte als der Appell an das Schlachtenglück, so wird — wir sind es überzeugt — die Blüthe der Hochschulen Deutschlands zu den Waffen eilen und der Streit gegen den natürlichen Feind wird vielleicht manchen unnatürlichen Zwist beenden. Wenn gewaltige Ereignisse politische Schranken zwischen uns gezogen, gewaltige Ereignisse können sie wieder zerbrechen. Wenn wir aber vielleicht unthätig zur Seite stehen müssen, müßig bei dem großen letzten Kampfe, den die deutsche Einheit auszufechten hat, mögen es Ihnen diese Zeilen sagen, daß wir dann nur trauernd fern geblieben, daß unsere Herzen dort sind, wo deutsche Männer die fremde Bevormundung in Trümmer schlagen, dort, wo seine Bluttaufe der junge Riese erhält, der nichts mehr wissen mag von Betteln und Biegen, der kein deutsches Dorf verlieren mag und keinen Schatten mehr dulden auf deutschem Namen und auf deutscher Ehre. Nehmen Euer Wohlgeboren die Versicherung, daß die Jugend Deutsch-Oesterreichs ihr Herzblut gern geben will, auf daß es stark und hehr sich aufbaue, die Furcht der Großen, die Stütze der Kleinen, das einige, mächtige Deutschland!

Berlin, 9. April. (Norddeutscher Reichstag.) 32. Sitzung. (Schluß.) Abg. Schulze: Die Ansicht des Abg. Weber scheint mir etwas zu eng zu sein. Wir stehen auf dem nationalen Rechte des Volks, auf seiner Existenz und auf der Integrität dieser Existenz. Davon müssen alle Bestrebungen ausgehen. Wir dürfen mit unsern süddeutschen Brüdern nicht blos durch internationale Beziehungen und diplomatische Verträge verbunden sein. Wir müssen unbedingt auf Einigung dringen, deshalb bitte ich Sie, mein Amendement anzunehmen. — Abg. Miquel: Dieser Antrag geht nicht aus Mißtrauen gegen die preußische Regierung hervor. Aus den Thatsachen der Vergangenheit haben wir das Vertrauen geschöpft, daß die Politik der preußischen Regierung in der Zukunft eine wahre nationale sein wird. Der preußische Staat ist nichts weniger als ein Militärstaat, er ist ein Staat der Kultur. (Bravo!) Wir haben eine Koalition von Demokraten uns gegenüber. Wir halten es nicht für nöthig, die preußische Regierung weiter zu drängen auf ihren erfolgreichen Bahnen. Aber wir wollen unseren süddeutschen Brüdern ein Zeugniß ablegen, daß unser Ziel die jede Vereinigung mit ihnen sei. Den Zeitpunkt des Eintritts kann aber nicht Regierung bestimmen sollen, sondern dazu muß die Zustimmung der preußischen Regierung gehören. Das wesentlichste Hinderniß gegen den Eintritt der Südstaaten war bis jetzt wenigstens eine Abneigung der süddeutschen Regierungen und eines Theils der Bevölkerungen. Diese Abneigung ist im Schwinden. Wir haben unsere Einrichtungen so treffen müssen, daß sie auch für Norddeutschland allein passen, aber am Schlusse unserer Berathungen geziemt es uns offen, die Hand unsern süddeutschen Brüdern hinzustrecken. Das Ausland wird wissen, daß Familienglieder durch keinen Vertrag auseinander gehalten werden können. (Bravo!) — Abg. Wigard: Deutschland ist in drei Theile zerrissen. Die Kluft ist nicht ausgefüllt, sondern höchstens überbrückt durch internationale Verträge. Selbstverständlich würde durch einen Eintritt Süddeutschlands eine Verfassungsänderung nöthig werden und da hoffen wir, daß sie dem Volke genießbarer werde. — Abg. Lasker: Die Ansichten des ersten Herrn Vorredners wurden wie in einer Bierstube geäußert. (Präsident erklärt diesen Ausdruck für unparlamentarisch.) Die Hindernisse Preußens sind hinweggeräumt und dieses sowohl wie Oesterreich kann sich nun frei entwickeln. Wir wollen in unserem Amendement andeuten, daß wir den Zutritt Süddeutschlands als innere Angelegenheit des Bundes ansehen. — Abg. Schrader: Unter dem früheren Bundestage waren doch alle deutschen Stämme umschlossen. Ich stehe auch auf dem Boden der gegebenen Thatsache; aber der Erfolg der großen Ereignisse des vorigen Jahres darf nicht sein, daß Deutschland zerrissen werde. (Ah! —) Ganz Deutschland muß einig werden. Dazu giebt aber der Art. 71 wenig Hoffnung; eben so wenig die Erklärung des Herrn Präsidenten der Bundes-Kommissare. Ich habe daher einen Antrag gestellt, der diese Einigung ermöglichen soll; würde aber vollständig bereit sein, ihn zu Gunsten des Antrags Duncker zurückzuziehen. Oeffnen wir unseren süddeutschen Brüdern die Thür zum Eintritt, wir werden uns dadurch den Dank der Nation erwerben. — Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen): Ich stimme mit dem Herrn Abgeordneten für Stade und Osnabrück vollkommen überein und habe deshalb Nichts hinzuzufügen. Wir müssen den deutschen Bund so weit ausdehnen, als die deutsche Zunge klingt. Ich will die einzelnen Amendements kurz beleuchten. Das des Abg Duncker halte ich für unannehmbar, weil es nicht weit genug geht; das des Abg Schrader für eine Ausgeburt des Partikularismus, weil es der Bildung unseres Bundes Verlegenheiten bereiten kann. Der Herr Antragsteller meint, er stände auf dem Boden der gegebenen Thatsache. Ich weiß nicht, ob das Jemand sagen kann, der noch im vorigen Jahre die Annexion von Schleswig-Holstein für Sünde hielt. Ist nicht unter der Herrschaft des deutschen Bundes zwei Drittel von Luxemburg verloren gegangen? Nicht der Bund, sondern Preußen und Oesterreich haben gegen den Bund Schleswig und Holstein befreit. Auch ich theile die Sympathie zu den Südstaaten auf das Entschiedenste. Was mich hindern könnte, diesem Amendement zuzustimmen, wäre: wenn es der Regierung große Verlegenheiten bereitete. Die Gefahren von außen her werden vielleicht ein Verschwinden der unnatürlichen Parteigruppirungen herbeiführen und andererseits ein Zusammengehen von ganz Deutschland einschließlich Oesterreich bewirken.

Präsident der Bundes-Kommissare Graf Bismarck: Um der Aufforderung des Herrn Vorredners zu genügen, will ich mich mit wenigen Worten über die Stellung der verbündeten Regierungen zu dem Amendement Lasker-Miquel aussprechen. Ich kann nicht behaupten, daß die Tendenz dieses Amendements unseren Wünschen und Bestrebungen widerspricht Eine andere Frage aber ist die, ob solche Mitglieder dieser Versammlung, welche zugleich Vertreter der Regierungen sind, sich augenblicklich in der Lage befinden, für das Amendement zu stimmen. Ich habe gesagt, daß es unsern Wünschen nicht widerspricht. Aber eine Regierung ist verpflichtet, sich bei der Aussprache ihrer Wünsche nach der Decke ihrer Rechte zu strecken. Ich will damit auch nicht behaupten, daß die Annahme dieses Amendements im Widerspruche mit dem Art. 4 des Prager Friedens stände, ich will nur aus ähnlichen Gründen, wie ich sie gestern bei der Beantwortung der hessischen Interpellation hervorhob, nicht ganz den Verhandlungen, die zu einer einheitlichen Auslegung der Kontrahenten des Prager Friedens erforderlich sind, vorgreifen, auch nicht die Entschließung der süddeutschen Regierungen in einer Weise präjudiciren, zu welcher bisher der Grad ihres amtlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert. Daß im Art. 4 des Prager Friedens nicht blos ein internationales Schutz- und Trutzbündniß — wie einer der Herren Vorredner, ich weiß nicht welcher, bemerkte, ins Auge gefaßt ist, geht, glaube ich, aus seinem Wortlaut für jeden aufmerksamen Leser hervor. Es ist im Art. 4 nicht von einer neuen Gestaltung Norddeutschlands blos die Rede, sondern von einer neuen Gestaltung Deutschlands. Der Begriff wird dadurch erläutert, daß der Nachsatz folgt: „Deutschland ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaats". Also es ist zugestimmt zu einer Umgestaltung derjenigen Bestandtheile des frühern deutschen Bundes, welcher nach dem Ausscheiden der österreichischen Theile des Bundesterritoriums übrig war. Es ist ferner in der dritten Zeile vor dem Schluß des Artikels von der nationalen Verbindung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde gesprochen, also nicht von einer internationalen, welches Wort ausdrücklich in demselben Artikel auf die Beziehungen Süddeutschlands zum Auslande seine Anwendung gefunden hat. Wenn ich nichtsdestoweniger die Frage, ob der Eintritt der süddeutschen Staaten mit diesem Artikel verträglich ist, einseitig nicht bejahen möchte, sondern ihre Beantwortung im Einverständniß mit der Kaiserlich österreichischen Regierung finden möchte, so bewegt mich dazu der Umstand, daß eine der Prämissen, welche Artikel 4 aufstellt, in der Kette fehlt: das ist nämlich das Zustandekommen des süddeutschen Bundes. Wäre dieser zu Stande gekommen, oder hätte er Aussicht dazu, so ist meine Ueberzeugung immer gewesen, daß wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Basis, im Süden ein anderes, diese beiden Parlamente nicht länger aus einander zu halten sein würden, als etwa die Gewässer des rothen Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war (Heiterkeit). Diese Prämisse fehlte bisher und wir möchten bei der Ueberzeugung, daß die nationale Zusammengehörigkeit ihre Sanktion durch die Geschichte ganz zweifellos dennoch empfangen wird, über die Frage, ob dies sofort und in welcher Form geschehen kann, nicht in Meinungsverschiedenheit mit der Kaiserlich österreichischen Regierung über die Auslegung des neuesten Friedensvertrages zwischen uns gerathen und dieser Auslegung nicht einseitig vorgreifen. Im Uebrigen bin ich auch der Meinung, daß der Unterschied zwischen dem Amendement Miquel-Lasker und dem Texte des Artikel 71 so sehr erheblich in der Praxis nicht ist. Das Amendement behält dem Präsidium, oder wie ich zugebe, daß man richtiger sagen würde, dem Bundesrath die Initiative vor, und im Bundesrathe würde voraussichtlich das Präsidium die Initiative haben. Das Bundespräsidium würde unzweifelhaft mit dieser Initiative doch so lange warten, bis es diejenigen Verhandlungen geführt hat, die in dem Art. 71 vorgesehen sind, und es sich durch den Verlauf der Verhandlungen überzeugt hat, daß der Moment eingetreten sei, wo in diesem Sinne vorgegangen werden könne, ohne daß die Verfrühung eines Momentes, der später doch eintritt, mit unverhältnißmäßigen Gefahren oder Zerwürfnissen mit den Kontrahenten des Prager Friedens verbunden sei. Aus diesen Gründen werde ich mich enthalten, für das Amendement Miquel zu stimmen. Wird es angenommen werden, so wird an die verbündeten Regierungen ja die Frage herantreten, ob sie sich zu diesem neuen Text des Verfassungsentwurfes bei der definitiven Beschlußfassung werden bekennen können. Ich glaube nicht, diese Frage von Hause aus verneinen zu sollen, um deswillen, weil das Amendement Miquel eben die Eigenschaft hat, dem Präsidium und dem Bundesrath die Entschließung über den Zeitpunkt dennoch vollständig frei zu lassen und in keiner Weise verpflichten würde, der Frage früher näher zu treten, als wir mit allen Elementen, denen wir das Recht einzureden zuerkennen, darüber einig sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Bebel erklärt, daß er nicht der Lasalle'schen, sondern der radikal-demokratischen oder der Volkspartei angehöre. — Abg Schrader: Der Herr Abg v. Vincke kann die Broschüre, auf die er sich bezieht, nicht gelesen haben, und werde ich mir erlauben, ihm ein Exemplar zu verehren. (Präsident Simson: Das ist eine persönliche Freundlichkeit, aber keine persönliche Bemerkung. Heiterkeit.) — Nachdem Abg. Schrader sein Amendement zu Gunsten des Duncker'schen zurückgezogen, wird zur Abstimmung geschritten. Das Amendement Duncker wird abgelehnt (dafür nur die Linke), Art. 71 der Regierungsvorlage mit sehr großer Majorität angenommen, desgleichen der Zusatz der Abgg. Lasker — Miquel zu Art. 71 und schließlich der Art. 71 mit diesem Zusatz (bei den beiden letzten Abstimmungen stimmen die Abgg. Minister Graf Bismarck und von Roon im Einklange mit der obigen Erklärung nicht mit der Mehrheit des Hauses). — Die Vorberathung wendet sich nunmehr der Einleitungsformel des Verfassungsentwurfs zu: „Se. Majestät der König von Preußen u. s. w. schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechts, sowie zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen des „norddeutschen" führen und wird nachstehende Verfassung haben." — Am Schlusse beantragt Abg. Scherer nach dem Worte „nachstehende" einzufügen: in Uebereinstimmung mit der zum ersten norddeutschen Reichstage berufenen Gesammtvertretung des norddeutschen Volkes festgestellte" Verfassung haben — Abg. Scherer motivirt unter großer Unruhe des Hauses seinen Antrag. — Abg. Kantak: Nachdem sie, die Polen, bei §. 1 den Protest eingereicht hätten, hätte es ihnen nicht einfallen können, noch einmal das Wort zu ergreifen. Wenn er dies heute dennoch thue, so veranlasse ihn dazu das Scherer'sche Amendement. Ein „norddeutsches Volk" gebe es nicht. (Sehr richtig.) Er habe andere Mitglieder gefragt, ob sie ein solches kennten, sie hätten alle diese Frage verneint. (Allseitiger Beifall.) Er verwahre sich Namens der Polen besonders gegen den Ausdruck. Einem norddeutschen Bunde könne man wohl beitreten aber nimmermehr einem „norddeutschen Volke."

Abg. Twesten spricht schon aus andern Gründen gegen das Amendement Scherer, will aber hauptsächlich auch keinem norddeutschen Volke angehören, kein solches kennen. Er verwahrt sich schließlich vor einzelnen Aeußerungen des Herr Scherer. Unmöglich könne man glauben, daß für die Bundesverfassung, wie sie vorliege, Enthusiasmus im Volke hervorgerufen werden könnte. (Sehr richtig.) Das Volk werde das Werk als ein Werk der Noth betrachten, welches aber nicht den gehegten Hoffnungen entspräche. Wenn nun stets die Mahnungen von jener Seite kamen, sie sollten nicht das Werk gefährden, dann sei es auch nicht zu verwundern, wenn man von dieser Seite darauf aufmerksam mache, nicht zu weit zu gehen, damit das Werk nicht gefährdet werde. Die Ursache, daß die liberale Seite nur stets mit sehr kleiner Majorität gesiegt habe, liege in Herrn v. Vincke und Genossen, die die liberale Seite in konstitutionellen Fragen im Stich gelassen. (Beifall) — Abg. v. Vincke: Er und seine Freunde hätten die nationale Sache über Alles gestellt, auch über die konstitutionelle Schablone. — Abg. Twesten: Was Hr. v. Vincke als konstitutionelle Schablone bezeichnet hat, betrachte ich als ein wesentliches und nicht aufzugebendes Recht. (Beifall links.) — Das Amendement Scherer wird abgelehnt, und die Einleitungsformel der Regierungs-Vorlage so gut wie einstimmig angenommen, desgleichen die Ueberschrift „Der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes". Selbstverständlich fällt der Ausdruck „Entwurf" nach definitiver Annahme der Verfassung fort. Damit ist die Vorberathung geschlossen. — Es folgt der zweite Gegenstand der Tages Ordnung: Wahlprüfungen. Namens der ersten Abtheilung beantragt der Referent Abg. Delius Gültigkeit der Wahlen der Abgg. Weigelt und Forckenbeck; das Haus genehmigt sie. Die zweite Abtheilung hat keine Wahlen zur Prüfung vorzulegen. Namens der dritten Abtheilung beantragt der Referent Abg. von Unruhe-Bomst die Gültigkeit der Wahl des Abg. Rauchhaupt. Das Haus ist damit einverstanden und genehmigt ebenso die Wahlen der Abgg. Gneist, v. Bessel und v. Jagow (Perleberg.) Dann schließt der Präsident die Sitzung um 1½ Uhr und beraumt die nächste auf Montag 10 Uhr an. Tages-Ordnung: Schlußberathung über den Verfassungs-Entwurf.

Heilbronn, 7. April. Bei gefülltem Saale fand heute eine Versammlung der deutschen Partei, ihrer Anhänger, Freunde und Gesinnungsgenossen im Falken Statt. Zu unserer Freude entdeckten wir Manchen darunter, der bisher in den Reihen der Volkspartei gestanden. Die Verhandlungen währten bis nach 5 Uhr. Während derselben liefen Telegramme ein; von Biberach:

Wir grüßen aus dem Oberland
Die Freunde an dem Neckarstrand;
Nur mit dem Norden in dem Bund
Wird Schwaben stark, frei und gesund.

München, 8. April. Die in Betreff der Luxemburger Frage an den Staatsminister Fürsten v. Hohenlohe zu richtende Erklärung der Mitglieder unserer Kammer der Abgeordneten findet, wie zu erwarten stand, allgemeine Beistimmung. Der Kürze der Zeit ungeachtet hat bereits bis heute eine sehr große Anzahl Abgeordneter ihre schriftliche Zustimmung eingesendet, und befinden sich hierunter hervorragende Mitglieder aller in der Kammer vertretenen politischen Parteien. Unsere Volksvertreter liefern auf's Neue den Beweis, daß, wo es sich um deutsche Interessen handelt, alle Parteiunterschiede schwinden.

Ausland.

Wien, 8. April. Die „N. Fr. Pr." schreibt: Der preußische Gesandte Frhr. v. Werther hatte gestern eine mehrstündige Besprechung mit dem Frhrn. v. Beust, der seine für heute bestimmte Abreise nach Prag verschoben hat. Man erzählt, die Mission des preußischen Diplomaten sei gewesen, das österreichische Kabinet hinsichtlich seiner Auffassung des Streites um Luxemburg zu sondiren. Die österreichische Regierung soll — so heißt es — im Einverständniß mit England eine diplomatische Intervention zu Gunsten der Erhaltung des Friedens vorbereiten.

Paris, 8. April. (K. Z.) Soll Frankreich Krieg führen, so muß es immer „im Dienste einer Idee" geschehen; „kleinliche Ländergier liegt ihm gänzlich fern". Wie glücklich daher, daß es endlich diese Idee, die moralische Seite seiner Bestrebungen — entdeckt hat. Nicht um Luxemburg handelt es sich mehr, nicht um schnöden Besitz und Erwerb, sondern einzig um die Beleidigung des französischen Nationalgefühls und französischer Ehre durch die Fortdauer der unberechtigten preußischen Garnison in der Festung Luxemburg. Letzten Sonnabend ist ein Courier nach Berlin abgegangen mit dem Auftrage an Benedetti, diese Saite jetzt dem Grafen Bismarck gegenüber als die „corde sensible" anzuschlagen. Der „Etendard", jetzt das bevorzugte Organ des Kaiserlichen Privatgedankens, wird diese Auslegung heute Abend in einer anscheinend an die „Liberté" gerichteten Antwort dem Publikum mundgerecht machen. Denn es ist jetzt der Kaiser, der den Krieg will. Am Freitag wurde Marquis de Moustier sehr ungnädig von ihm empfangen, als er es wagte, ihm einige Bemerkungen im Sinne friedlichen Ausgleichs zu machen. Von da an gab sich auch im auswärtigen Amte eine kriegerische Tendenz kund, die ersichtlich nach dem Eifer des Renegatenthums schmeckte. Am Sonnabend ließen sich sämmtliche in Paris anwesende Marschälle, den kriegslustigen Niel ausgenommen, beim Kaiser melden, um ihm gleichfalls gewisse Vorstellungen zu unterbreiten. Napoleon III. empfing auch sie sehr kalt und meinte: „daß er sie hören wolle, obwohl er sie nicht zu sich berufen". Die Marschälle entwickelten darauf, daß man aus zwei Gründen den Krieg zu vermeiden suchen müsse, einmal, weil er der Stimmung des Volkes nicht entspräche und zweitens, weil man militärisch nicht bereit sei. Man könne vorerst nur über 400,000 Mann kriegsgeübter Truppen verfügen, während man deren 800,000 zum mindesten bedürfe. Der Kaiser entgegnete erstens, „daß die Marschälle die Stimmung des Volkes nicht kännten, und zweitens, daß er binnen 6 Monaten über 1,200,000 Mann werde verfügen können", worauf er hinzugefügt, „er fordere die Herren auf, sich nicht mit politischen, sondern sich einzig mit militärischen Dingen zu beschäftigen; er werde nach wie vor die wahren Interessen des Landes zu vertreten wissen".

Paris, 8. April. Während ein Theil der Pariser Blätter jede Gelegenheit ergreift, um daraus die Nothwendigkeit eines Krieges gegen Preußen zu demonstriren, ist nach den amtlichen Meldungen aus der Provinz die Stimmung der Regierung nichts weniger als günstig; man wirft derselben vor, ohne Noth Schwierigkeiten hervorgerufen zu haben, aus welchen sie sich nur durch einen diplomatischen Rückzug oder einen Krieg herauszuziehen vermöge. Die Beziehungen zwischen dem französischen und preußischen Hofe sind übrigens bis jetzt noch durchaus freundschaftlicher Art. Man versichert sogar, daß der König von Preußen durch ein eigenhändiges Schreiben vom Kaiser eingeladen worden sei, bei seinem Besuche der Ausstellung in den Tuilerien abzusteigen, und daß Ersterer zugesagt habe, von der Einladung Gebrauch zu machen. Man meint, Frankreich werde, wenn die Großmächte die Abtretung Luxemburgs an Frankreich beanstanden sollten, in die Neutralisirung des Großherzogthums willigen, wofern Preußen seine Truppen aus der Festung Luxemburg zurückziehen würde.

London, 8. April. Laut einer telegraphischen Depesche aus Malta haben die im Hafen von Valetta liegenden britischen Panzerschiffe plötzlich Befehl erhalten, in See zu stechen. Die „Galatea", die der Herzog von Edinburgh (Prinz Alfred) kommandirt, ging schon gestern Abend nach Marseille ab. Der „Prince Consort" und der „Royal Oak" sollen heute mit versiegelten Befehlen nach Valetta absegeln. Wie man dort allgemein glaubte und auch hier annimmt, ist die Bestimmung der Panzerflotte Gibraltar und Cadix, wo sie von Spanien Genugthuung für die Mißhandlung des „Tornada" und der „Victoria" erzwingen soll.

— Der Konflikt zwischen den englischen und spanischen Behörden, der schon seit einiger Zeit in der Schwebe ist und sich um die Wegnahme des englischen Küstenfahrzeuges „Victoria" aus Gibraltar durch einen spanischen Zollkutter dreht, wird durch eine unter dem vergangenen Sonnabend von Lord Stanley an den englischen Gesandten in Spanien abgesandte Depesche einer Entscheidung zugedrängt. Das Aktenstück behandelt den in Rede stehenden Vorgang ausführlich und stellt den Thatbestand in Kurzem folgendermaßen dar: Die „Königin Victoria" wurde am 15. Januar 1866 von einem spanischen Küstenwächter auf hoher See geentert und nach Cadiz gebracht. Dort wurde die Bemannung mit Reisegeld versehen und unter Drohungen aus der Stadt verwiesen. Der Kapitain wurde einige Zeit festgehalten, dann seiner Papiere beraubt und entlassen. Den Namen des Schiffs hatte man alsbald ausgewischt und den zweiten Tag nach seiner Ankunft in Cadiz wurde dasselbe angemeldet, als in der Nähe von Cadiz im verlassenen, herrenlosen Zustande aufgefundenes Fahrzeug. Letztere Behauptung ließ man in der Folge fallen und statt dessen verurtheilten die spanischen Behörden ohne Anzeige an den englischen Konsul die „Victoria" als genommen, während des Versuchs Contrebande an den spanischen Küsten zu landen. Die an Bord befindlichen Güter wurden nach öffentlicher Anzeige versteigert. Nach Aufstellung vorliegender Fakta bespricht Lord Stanley die in Folge derselben zwischen beiden Regierungen gepflogenen Verhandlungen und wendet sich gegen den letzten spanischen Vorschlag in dieser Angelegenheit, nämlich: das Urtheil gegen die „Victoria" für nichtig zu erklären und es dann dem britischen Konsul und den Interessenten zu überlassen, ihre Klagen und Ansprüche vor einem anderen spanischen Gerichtshofe geltend zu machen und zu vertreten. Nicht nur, sagt die Depesche zum Schlusse, muß die Königliche Regierung eine solche Zumuthng ablehnen, sondern auf der anderen Seite zugleich auf der sofortigen Restitution von Schiff und Cargo, resp. des vollen Werthbetrages dafür sowie hinreichender Geldentschädigung für Kapitain und Mannschaft, begleitet von dem Ausdrucke des Bedauerns an die Königlich englische Regierung wegen der Verunglimpfung der britischen Flage bestehen. Die Instruktion an den diesseitigen Gesandten lautet, Abschrift der Depesche an die spanische Regierung gelangen zu lassen und dabei die Hoffnung auszusprechen, daß dieselbe die Sache nicht bis zu ernstlichen Mißhelligkeiten kommen lassen werde.

Florenz, 6. April. Der italienische Unterhändler bei der Kurie, Tonello, ist von Rom ohne Sang und Klang zurückgekehrt. Ganz ergebnißlos war allerdings sein römischer Aufenthalt nicht, aber die erzielten Erfolge sind unwesentlich für die Lösung des großen zwischen Rom und Florenz schwebenden Problems. Durch die Ernennung einiger Bischöfe, durch die Erleichterung gewisser Paß- und Zollformalitäzen verliert der eigentliche Konflikt nichts von seiner Schärfe, wird der unvermeidliche Ausbruch auch um keinen Tag hinausgeschoben. Die römische Curie setzt ihre Hoffnung auf die mißliche Lage Italiens, und sie weiß ganz gut, daß die ungelöste römische Frage ihren Hauptantheil hat an den die Ruhe und das Wohlbefinden Italiens bedrohenden Gefahren; aber wenn sie hofft, daß ein Italien treffendes Unheil ihr zu Gute kommen müsse, so dürfte sie einen verhängnißvollen Irrthum begehen.

Bukarest. Unterm 6. wird von hier telegraphirt: Die unter der früheren Regierung mit dem Hause Godillot wegen Lieferung von Kleidungsstücken für die Armee abgeschlossenen Kontrakte wurden von der Kammer gegen eine Entschädigung von 4 Millionen Piaster aufgelöst. Der Kriegsminister legte einen Armee-Organisations-Entwurf vor, welcher von der Kammer mit Beifall aufgenommen wurde.

Newyork, 25. März. In den Beamtenkreisen, besonders im Post- nnd Steuerfache, hat der Konflikt des Kongresses mit der Exekutive die für das Volk nachtheilige Folge, daß offene Stellen auf lange Zeit unbesetzt bleiben. Der Präsident stellt seine Gesinnungsgenossen an, der Kongreß verweigert die Bestätigung, und während die Vakanzen so offen bleiben, können die Steuern sich selbst einsammeln, die Unterbeamten waschen ihre Hände in Staatsgeldern und die Posten sind in vielen Fällen in einer heillosen Unordnung.

Pommern.

Stettin, 11. April. Nach dem in der heutigen General-Versammlung der Aktionäre der See- und Fluß-Versicherungs-Gesellschaft „Pommerania" von Hrn. Grawitz gehaltenen Vortrage, theilen wir zu dem bereits von uns veröffentlichten Geschäftsbericht noch Folgendes mit: Die Gesellschaft ist im Jahre 1866 von 76 Seeschäden (gegen 77 pro 1865) und 13 Flußschäden heimgesucht. Unter ersteren befanden sich 7 verschollene Schiffe (3 Dampfer und 4 Segelschiffe) und 17 Total-Verluste (dabei 1 Dampfer). Der größte Verlust auf einem Schiffsboden in der Seebranche betrug 5000 Thlr., in der Flußbranche 3050 Thlr. Schließlich wurden die Rechnungs-Revisoren Herren Ed. Lübcke, W. Piper und Allendorf, so wie das statutenmäßig ausgeschiedene Verwaltungsmitglied, Hr. Grawitz durch Akklamation wiedergewählt.

— Morgen Nachmittag um 4 Uhr findet die Abiturienten-Entlassung im Saale der Friedrich-Wilhelmsschule statt. Bei derselben werden sprechen: der Abiturient Malbranc, englisch, über die Schauplätze der preußischen Kriege; der Primaner Geistert, französisch, über Friedrich den Großen und der Primaner Stüwert, deutsch, Erinnerung an Scharnhorst. Das Programm enthält außer den Schulnachrichten über die Zeit von Michaelis 1865 bis Ostern 1867 eine Abhandlung des ordentlichen Lehrers Dr. Pauli: „Ueber die Benennung der Körpertheile bei den Indogermanen." Dem im Programm der Schule über die Verwaltung der Scheibert-Kleinsorge-Stiftung aufgenomuenen Rechenschaftsbericht entnehmen wir, daß der Stiftungsfonds Ende v. Js. 2,683 Thlr. 15 Sgr. 1 Pf. betrug.

— Auf dem heute in der Neustadt begonnenen Frühjahrsmarkte herrschte, wozu theilweise auch wohl die ungünstige Witterung beitrug, nur wenig Leben. Selbst der sonst stets ziemlich stark frequentirte Schuhmarkt war bis gegen Mittag nur höchst mäßig besucht. Von Marktdiebstählen ist nur ein einziger, den zwei Burschen auf dem Topfmarkt verübt und bei dem sie ergriffen wurden, zur Anzeige gekommen.

— In dem Hause Petrikirchstraße Nr. 10 wurden gestern wieder zwei messingene Gasarme abgebrochen und entwendet.

— Die in der Fabrik von Aron u. Gollnow in Grabow beschäftigte 18jährige unverehelichte Hedwig Klamp wurde am 6. d. Mts. durch eigene Unvorsichtigkeit von einer Kurbel erfaßt und am linken Oberschenkel so erheblich verletzt, daß nach ärztlichem Ausspruche Gefahr für ihr Leben zu besorgen ist. Sie wurde sofort nach dem Grabower Krankenhause geschafft.

— Die vom Ende der Unterwiek nach der Stettin-Pölitzer Chaussee führende „Blumenstraße", deren Instandhaltung theilweise der Stadt Stettin theilweise der Kommune Grabow obliegt, befindet sich zur Zeit in einem solchen Zustande, daß dieselbe mit Fuhrwerk kaum passirbar ist. Eine schleunige und gründliche Reparatur ist demnach dringend erforderlich.

— Der Hauptmann Kreyher ist unter Beförderung zum Major zum Abtheilungs-Kommandeur im pomm. Feld-Art.-Regt. Nr. 2 ernannt worden.

— Vergleichende Zusammenstellung der Betriebs-Einnahmen I. der Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard. Einnahme im Monat März 1867 132,336 Thlr., im Monat März 1866 118,642 Thlr., mithin im Monat März 1867 mehr 13,694 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 44,857 Thlr. II. der Zweigbahn Stargard-Köslin-Kolberg. Einnahme im Monat März 1867 31,565 Thlr., im Monat März 1866 29,919 Thlr., mithin im Monat März 1867 mehr 1646 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 4197 Thlr. III. der Vorpommerschen Zweigbahnen. Einnahme im Monat März 1867 41,438 Thlr., im Monat März 1866 40,894 Thlr., mithin im Monat März 1867 mehr 544 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 7580 Thlr.

Vermischtes.

— (Ein Hunde-Begräbniß.) An der Verherrlichung der eigenen Kriegsthaten, an dem Preise ihrer Helden hat die englische Nation es nie fehlen lassen. Das hat schon mancher Deutsche im Gespräche mit Briten über die Schlacht bei Waterloo gehört, das wird auch Jedem auffallen, der in den Erscheinungen der Roman-Literatur auf die stereotype Figur des „Helden von Balaklawa" stößt und findet, wie die mageren Lorbeeren des Krim-Felzuges überall herhalten müssen. Einer der in England nicht am wenigsten bekannten Helden jenes Feldzuges wurde in diesen Tagen mit allen militärischen Ehren in Chatam znr letzten Ruhestätte geleitet. Es war der Hund „Snob", der an der Alma von einem Unteroffizier der 11. Kompagnie des Ingenieur-Korps auf dem Leichnam eines gefallenen russischen Offiziers gefunden und mitgenommen wurde. Von dieser Zeit an blieb er bei dieser Kompagnie, machte mit ihr die Treffen bei Balaklawa, Inkermann und die Belagerung von Sebastopol mit und empfing als Dekoration ein blaues Band mit einer Medaille. Als ruhmbedeckter Hund begleitete er die Kompagnie nach England zurück und schlug in der Kaserne derselben sein Quartier auf. Die lange Gewohnheit hatte ihn mit allen Hornsignalen vertraut gemacht, und besonders wenn zum Essen geblasen wurde, erschien er stets mit der größten Pünktlichkeit. Von seinen sonstigen Eigenschaften wird eine entschiedene Abneigung gegen Offiziere hervorgehoben, die er nie ermangelte, mit mürrischem Knurren und zornigem Gebell zu begrüßen. Seine irdischen Ueberreste wurden in einem Sarge mit der Aufschrift: „Snob starb am 31. März 1867, war bei Inkermann ꝛc." in der Nähe des Denkmals für die im Kriege gefallenen Ingenieuroffiziere feierlich beigesetzt. Die Spielleute der Truppe spielten den Trauermarsch, wobei eine bei Bomarsund den Russen genommene und aus dem Museum eigens entliehene Trommel mitwirkte. Mit drei Pistolen wurde eine dreimalige Salve über dem Grabe abgefeuert und außer den Kompagnieoffizieren und Mannschaften wohnten mehrere hohe Offiziere der Waffe diesem Trauerakte bei, wodurch derselbe einen eigenthümlich feierlichen Anstrich erhielt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. April. Die mehrfach wiederholte Meldung über das Eintreffen einer französischen Note oder Depesche, welche die Räumung Luxemburgs oder Zusammentreten einer europäischeu Konferenz zur Regelung der luxemburgischen Frage in Anregung bringt, wird als durchaus unbegründet bezeichnet. Nichtsdestoweniger werden in diplomatischen Kreisen die Hoffnungen auf eine Verständigung mit Frankreich nicht getheilt, da sichere Anzeichen vorliegen, daß Frankreich sich auf ernste Eventualitäten vorbereitet.

Hamburg, 10. April. (Priv.-Dep. d. Berl. Börs.-Ztg.) Die „Börsenhalle" veröffentlicht ein offiziöses Berliner Privat-Telegramm, welches mittheilt, die französische Regierung habe vor vierzehn Tagen an das Wiener Kabinet den Abschluß eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses gegen Preußen angeboten, die österreichische Regierung habe aber geschwankt, dasselbe anzunehmen, weil Minister Beust gegen den Abschluß des Bündnisses gewesen sei, während die Militärpartei dafür war. In Folge dieser Zögerung Oesterreichs habe Frankreich sein Anerbieten zurückgezogen und seitdem sei die österreichische Regierung der preußischen wieder näher getreten.

Paris, 10. April. Dem „Etendard" zufolge haben die Bureaux des Senates zwei Interpellationsgesuche in Betreff Luxemburgs zugelassen; andere Interpellationen wurden zurückgewiesen, um Frankreichs diplomatische Thätigkeit nicht zu hemmen.

— Der Verkauf des „Avenir National" und der „Liberté" auf Straßen und Plätzen ist verboten worden; gegen die „Liberté" ist eine gerichtliche Verfolgung angeordnet worden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. April. Witterung: regnigt. Temperatur + 8° R. Wind: W.

Weizen anfangs niedriger, dann höher, schließt etwas ruhiger, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 85—90 Rt. bez., geringer 78—84 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 88, $88\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 87, $87\frac{1}{2}$, 87 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli $86\frac{1}{2}$ Rt. Br., Juli-August $84\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., Septbr.-Oktober 80 Rt. Br.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 54—$56\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr $54\frac{3}{4}$, $55\frac{1}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni 55 Rt. u. Gd., Juni-Juli 55, $55\frac{1}{4}$ Rt. bez., Juli-August $54\frac{1}{2}$ Rt. Gd., September-Oktober $51\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. nach Qualität $44\frac{1}{2}$—47 Rt. bez., Frühjahr 69—70pfd. schlesische 46 Rt. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—31 Rt. bez., Frühjahr 31 Rt. Br.

Erbsen loco Futter- 52—54 Rt. bez.

Rappkuchen loco $1\frac{5}{6}$ Rt. bez.

Rüböl fest, loco 11 Rt. Br., April-Mai $11\frac{7}{8}$, $11\frac{11}{12}$ Rt. bez. u. Gd., Mai 11 Rt. bez., September-Oktober $11\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br.

Spiritus etwas fester, loco ohne Faß $16\frac{1}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $16\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $16\frac{1}{3}$ Rt. Gd., Juni-Juli $16\frac{7}{12}$ Rt. Gd., Juli-August $16\frac{3}{4}$ Rt. Gd.

Angemeldet: 300 Ctr. Rüböl, 10,000 Qrt. Spiritus.

Hamburg, 10. April. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, aber ruhig, auf Termine fest bei beschränktem Geschäft. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 159 Bankothaler Br., 158 Gd., pr. Frühjahr 157 Br., 156 Gd. Roggen pr. April 5000 Pfd. Brutto 96 Br., 94 Gd., pr. Frühjahr 94 Br. u. Gd. Hafer sehr ruhig Oel flau, weichend, loco $24\frac{1}{4}$, pr. Mai $24\frac{1}{4}$. Pr. Oktober $25\frac{3}{8}$. Spiritus überwiegend angeboten, $22\frac{3}{4}$. Kaffee und Zink ohne Umsatz. Wetter veränderlich.

Amsterdam, 10. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen 2 Fl. höher. Rüböl pr. Mai $36\frac{3}{8}$, pr. Oktober-Dezember $38\frac{3}{8}$.

London, 18. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest zu vollen Montagspreisen verkauft, von englischem geringe, von fremdem mäßige Zufuhren. Hafer fest. — Schönes Wetter.